

Rede zur 2. Wetterauer Flüchtlingskonferenz

Als im Jahr 2015 plötzlich und unerwartet sehr viele Flüchtlinge in Deutschland ankamen und in den Kommunen untergebracht werden mussten, waren weder die Verwaltungen noch die Bürgerschaft darauf vorbereitet. Der Ausspruch von Frau Merkel mit „Wir schaffen das“ brachte eine große Welle der Hilfsbereitschaft. Auch der Wetteraukreis ergriff wichtige Maßnahmen: Mit der Zuweisung von Flüchtlingen in die Kommunen regte er die Bildung von Runden Tischen für Flüchtlinge vor Ort an, um Voraussetzungen für die Integration zu schaffen. In fast allen Kommunen bildeten sich Runde Tische und Flüchtlingsvereine und übernahmen wichtige Tätigkeiten und damit die Unterstützung von Menschen, die überhaupt keine Ahnung hatten, was sie hier erwartete.

Mit viel Elan wurde die Arbeit angegangen und stieß sehr schnell an die Grenzen von Verwaltungen, die in bestimmte Zuständigkeitsbereiche zersplittert waren. Für viele neue Anforderungen war überhaupt nicht klar, wer zuständig war, so dass die Ehrenamtlichen oft von Pontius zu Pilatus und wieder zurück geschickt wurden. Das brachte viel Unmut mit sich. Wertvolle Zeit, Ressourcen und Motivation wurden verpulvert. In dieser Situation entstand die AG Flüchtlingshilfe als Vernetzung der Runden Tische für den Erfahrungsaustausch und als Sprachrohr gegenüber den Ämtern und Behörden sowie dem Wetteraukreis. Hier hat sich in der Zwischenzeit eine recht gute Zusammenarbeit in der Steuerungsgruppe der AG und in Treffen für die Runden Tisch vor Ort entwickelt. Aus den Erfahrungen der Ehrenamtlichen ging hervor, dass die Ämter und Behörden auf Ebene des Wetteraukreises sowie zwischen Wetteraukreis und Kommunen sich über Zuständigkeiten und Abläufe abstimmen mussten, um Reibungsverluste zu vermeiden. Außerdem waren viele Ämter, allen voran die Ausländerbehörde, mit dem plötzlichen Anwachsen der Kundschaft völlig unterbesetzt und überfordert, was bis heute noch nachwirkt. Wichtig war auch die Abgrenzung der ehrenamtlichen Tätigkeiten zu denen der Sozialarbeiter*innen, die mit einem Personenschlüssel von 1:210 oft völlig überfordert waren. Eine Hauptaufgabe sahen die Runden Tische und die AG in der Etablierung einer Willkommenskultur, die den Neubürger*innen die Integration erleichtern sollte. Wer sich willkommen fühlt, ist offen für das Neue. Dies schlug sich auch in der 1. Flüchtlingskonferenz und der von ihr verabschiedeten Wetterauer Erklärung nieder. Viele der dort angesprochenen Missstände haben sich inzwischen zum Positiven hin entwickelt. So wurde der Betreuungsschlüssel von 1:210 auf 1:100 verbessert. Das Personal der Ausländerbehörde wurde aufgestockt, möglicherweise immer noch nicht genug, wenn man die neuen Herausforderungen berücksichtigt.

Allerdings sind viele der früher aktiven Ehrenamtlichen inzwischen ausgepowert, wozu sicherlich die bürokratische Abläufe im Rahmen der Hilfestellung beigetragen haben. Andere haben so viele Kontakte zu den früheren Flüchtlingen geschlossen, dass sie für die neuen keine Kapazitäten mehr frei haben.

Wir leben in **einer** Welt mit den Menschen, die in prekären sozialen und lebenswidrigen Umweltverhältnissen leben, die Krieg und bewaffnete Konflikte erleiden und deshalb ein besseres Leben in der Flucht zu uns suchen. Wir können uns nicht auf eine Insel der Glückseligkeit zurückziehen, auf der wir ohnehin nie gelebt haben. Wenn wir unsere Menschlichkeit und unsere Demokratie bewahren wollen, müssen wir uns um die Hilfsbedürftigen kümmern und sie willkommen heißen. Wir müssen ihnen helfen, sich ein neues Leben aufzubauen.

Viele haben im letzten Jahr diese Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen aus der Ukraine gezeigt. Damit hat sich auch das Ehrenamt stark verändert. Wo früher Treffpunkte geschaffen wurden und die Menschen in den Unterkünften unterstützt wurden, werden heute Häuser, Wohnungen und manchmal Räume in der eigenen Wohnung angeboten. Das sieht man daran, dass in vielen Kommunen die Mehrzahl der Ukrainer*innen privat und nicht in kommunalen Unterkünften untergekommen ist. Die Runden Tische sind zum Teil aufgelöst und die Hilfe stark auf Individuen oder Familien in ihrem unmittelbaren Lebensbereich konzentriert. Gleichzeitig gibt es die Weltflüchtlinge, für die es immer weniger Helfer*innen gibt. Auch von daher wäre die seit über einem Jahr im Westkreis brachliegende Migrationsberatung unbedingt wieder zu ergänzen oder neu aufzubauen und auch explizit Flüchtlingen zugänglich zu machen.

Für uns sind alle Menschen gleich viel wert. Die oft in die Diskussion eingeführte „kulturelle Nähe“ bei Ukrainer*innen und die „größere kulturelle Ferne“ bei Weltflüchtlingen machen höchstens einen Unterschied bezüglich einer längeren oder kürzeren Zeit, die für das Einleben nötig ist.

Integration bedeutet:

- Das Gefühl, in Sicherheit zu sein
- Für den Lebensunterhalt der Familie aufkommen zu können
- Ein Dach über dem Kopf zu haben
- Plätze für die Kinder in Kindertagesstätten und Schulen für die Bildung der Kinder zu haben, damit sie sich eine Zukunft in unserer Gesellschaft aufbauen können
- Zugang zu den Gesundheitseinrichtungen
- Mobil zu sein, z.B. durch preisgünstige oder kostenlose Karten für den ÖPNV

- Die eigene Kultur leben und die neue kennenlernen zu lernen sowie Kontakte in die Gesellschaft aufzubauen

In vielen dazu nötigen Institutionen haben wir leider schon seit langem eine Mangelwirtschaft, unter der auch die einheimische Bevölkerung zu leiden hat. Da ist es leicht, Menschen gegen die Flüchtlinge aufzuhetzen und diese für Missstände verantwortlich zu machen. Von daher ist es wichtig gerade für die Politik, Transparenz zu erzeugen, die politisch notwendigen Handlungen zu erklären und die Menschen vor Ort bei Entscheidungen und Herausforderungen einzubinden. Nur so wird man sie auch gewinnen können, sich an der Lösung von Problemen zu beteiligen. Dazu wären eine frühzeitige Information der Kommunen, die Einbeziehung der Bevölkerung in die Planungen und die Einbeziehung des Ehrenamtes in der AG Flüchtlingshilfe mit ihren Erfahrungen und Kontakten nötig.

Kitas und Schulen sind die Hauptsozialisationsinstanzen unserer Gesellschaft. Hier **darf** es keine Mangelwirtschaft geben. Forderungen nach mehr Geld von Bund und Land für die Bewältigung dieser Missstände unterstützen wir genauso ausdrücklich, wie die verstärkte Ausbildung von Erzieher*innen sowie Lehrer*innen.

Die Mieten gehen durch die Decke und viele Menschen sind von Obdachlosigkeit bedroht, während anerkannte Flüchtlinge in ihren Unterkünften bleiben müssen, weil sie keinen Wohnraum finden. Gleichzeitig steht viel Wohnraum leer, sei es als Spekulationsobjekte, sei es, weil die Besitzer*innen es nicht nötig haben, zu vermieten, sei es, weil sie Angst haben, von Mietern über den Tisch gezogen zu werden. Hier wären sozialer Wohnungsbau und eine kommunale Wohnraumbewirtschaftung auf freiwilliger Basis nötig, da für Neubauten zunehmend Platz und Zeit fehlen. Die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum war übrigens auch schon in der 1. Flüchtlingserklärung enthalten. Wir appellieren erneut an die Verantwortlichen im Kreis und den Gemeinden für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Politik, Verwaltung und Bevölkerung sollten die viel zitierte „Zeitenwende“ anerkennen, die Ärmel hochkrempeln und die Aufgaben annehmen! Wir haben es doch viel besser als die Menschen, die verfolgt und mit dem Tode bedroht werden, oder die wegen des Klimawandels in ihren Herkunftsländern keine Lebensgrundlagen mehr finden können. Wir hoffen, dass diese Konferenz dazu beitragen kann!

Vielen Dank